

VOLKSKAMMER
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 103

Antrag
der Fraktion Die Liberalen in der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 27. Juni 1990

Die Volkskammer wolle beschließen:

Die Regierung der DDR wird aufgefordert, die vorge-
sehene Einführung einer Sondersteuer/Preisaufschläge
auf importierte westliche Konsumgüter rück-
gängig zu machen.

Ortleb
Vorsitzender

Begründung:

1. Die Sondersteuern widersprechen Geist und Buchstaben des Staatsvertrages, dem von Bevölkerung, Volkskammer und Regierung abgelegten Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.
Sie sind ein dirigistischer staatlicher Eingriff in das Marktgeschehen, ein Rückfall in die Vergangenheit und führen zu einer Verschleierung und Verzerrung der Wettbewerbssituation.
Die Absicht des Schutzes von DDR-Erzeugnissen und damit der künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten ist eine Illusion, weil konkreter Schutz nicht eintritt.
2. Die Sondersteuer führt zwangsläufig zur künstlichen Verteuerung der Importware, führt zu einem nicht gewünschten Kaufverhalten, denn es bestehen erhebliche Umgehungsmöglichkeiten durch den Einkauf in Westberlin und im Zonenrandgebiet.
Die Sondersteuer ist damit unwirksam und führt nur zu negativen Auswirkungen auf das Preisniveau, beeinträchtigt den Lebensstandard vor allem der Bürger, die nicht auf den westdeutschen oder westberliner Markt ausweichen können. Eindeutig führt das zur Benachteiligung des DDR-Einzelhandels und insbesondere des privaten Einzelhandels.
3. Es werden neue bürokratische Aufwendungen, vor allem zur Kontrolle, nötig, die beschlossene Zollunion zwischen der BRD und DDR wird unterlaufen. Über die Hintertür wird eine Grenze wirtschaftlich fixiert, die erklärtermaßen der Vergangenheit angehört.
4. Sondersteuern auf Importe sind gegen die Marktwirtschaft und damit gegen Europa gerichtet. Sie tragen zu einer weiteren Verunsicherung unserer Partner in der EG bei und mindern unsere Glaubwürdigkeit.